

SV-Report zum 15. Januar 2023

Geldvermögen der Deutschen nur leicht gestiegen

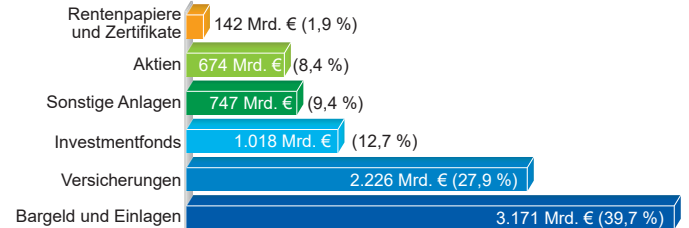
Statistik

Das Geldvermögen der deutschen Haushalte aus Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen, Ansprüchen gegenüber Versicherungen, ist im vergangenen Jahr, nach Jahren des starken Wachstums, nur leicht gestiegen. Nach Berechnungen der DZ Bank wuchs das Geldvermögen 2022 um knapp zwei Prozent auf rund acht Billionen Euro. 2021 stieg das Vermögen noch um rund sieben Prozent.

Nachdem im ersten Halbjahr die Entwicklung am Wertpapiermarkt das Geldvermögen sogar leicht schrumpfen ließ, konnten die Einbußen im zweiten Halbjahr zum Teil aufgeholt werden. Grund für den Anstieg des Geldvermögens ist nach wie vor die hohe Sparquote privater Haushalte. Auch wenn die steigenden Preise es deutlich schwerer machen, Geld zurückzulegen, haben die Deutschen im vergangenen Jahr laut DZ Bank rund 11 Prozent ihres verfügbaren Einkommens gespart. Der Anteil von

Bargeld und Einlagen ist jedoch mit rund 30 Prozent nach wie vor sehr hoch und in Zeiten hoher Inflation sollten sich Bundesbürger immer stärker um eine aktive Anlage Ihrer Ersparnisse bemühen.

Anlageformen privater Haushalte (Geldvermögen: 8,0 Bill. Euro)



Quelle: DZ Bank, Ende 2022, vorläufige Werte

Finanzminister Lindner stellt Aktienrente vor

Rente

Aufgrund der demografischen Entwicklung steht die gesetzliche Rentenversicherung vor großen finanziellen Problemen. Immer weniger Beitragszahler müssen die Renten von immer mehr Senioren tragen. Die Herbstschätzung 2022 der Deutschen Rentenversicherung rechnet damit, dass die Ausgaben die Einnahmen 2023 mit 1,1 Mrd. Euro übertreffen. Im Jahr 2025 geht sie bereits von einem Defizit von 9,7 Mrd. Euro, im Jahr 2026 gar von 16,7 Mrd. Euro aus.

Um das Rentensystem zu stabilisieren und wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auf Rentenkürzungen und Beitragserhöhungen zu verzichten, stellte Finanzminister Christian Lindner nun konkretere Pläne für die teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Über einen Zeitraum von 15 Jahren sollen jährlich 10 Mrd. Euro in einen Fonds

am Kapitalmarkt angelegt werden, um die Rentenkasse zu stützen. Dem Finanzminister geht es um eine „hohe, aber stetige Rendite“. Verwaltet werden soll das sogenannte „Generationenkapital“ von dem staatlichen Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (KENFO), der in der Vergangenheit hohe Renditen erzielte und in den nächsten Jahren mindestens eine jährliche Rendite von 3,8 Prozent erwirtschaften soll. Festzulegen ist, dass Erträge aus dem Fonds nicht zu früh entnommen werden dürfen. Erst ab Mitte der 2030er-Jahre sollte das gesparte Kapital aus dem Fonds genutzt werden, um die Beiträge zu stabilisieren.

Für den Aufbau der Aktienrücklage zur Sicherung der gesetzlichen Rente sind bereits im Bundeshaushalt 2023 Kredite in Höhe von 10 Mrd. Euro vorgesehen.

56 Krankenkassen erhöhen den Zusatzbeitrag

GKV

Im Jahr 2023 wurde der durchschnittliche Zusatzbeitrag vom Bundesgesundheitsministerium um 0,3 Prozentpunkte auf 1,6 Prozent erhöht. Von den 73 gesetzlichen Krankenkassen (ohne betriebsbezogene Krankenkassen) haben 56 ihren Zusatzbeitrag erhöht und zwei ihren Zusatzbeitrag gesenkt. Die Spanne des Zusatzbeitrags reicht von 0,8 Prozent (BKK PFAFF) bis 1,99 Prozent (BKK exklusiv). Die größte deutsche Krankenkasse, die Techniker Krankenkasse mit rund 11,1 Millionen Versicherten, hält für 2023 ihren Zusatzbeitrag stabil bei 1,2 Prozent. Auch für die 8,7 Millionen Versicherten der Barmer bleibt der Zusatzbeitrag unverändert bei 1,5 Prozent. Die DAK Gesundheit mit rund 5,6 Millionen Versicherten erhöht ihren Zusatzbeitrag um 0,2 Prozent auf 1,7 Prozent.

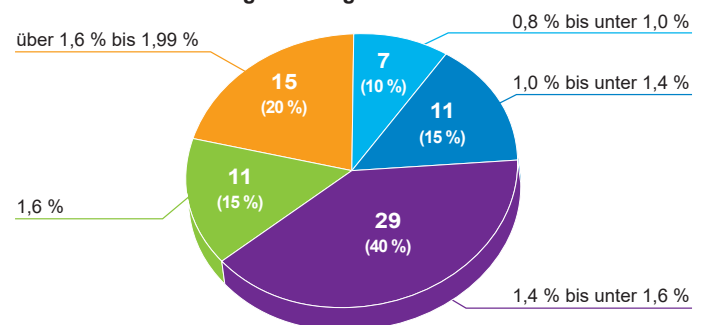
Um die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren und einen starken Anstieg des Zusatzbeitrags zu verhindern, wurde für 2023 eine Erhöhung des Bundeszuschusses um 2 Mrd. Euro auf 16,5 Mrd. Euro an den Gesundheitsfonds beschlossen. Zusätzlich bietet der Bund der GKV ein unverzinsliches Darlehen von 1 Mrd. Euro an.

Die Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Frau Dr. Doris Pfeiffer, sieht ab kommendem Jahr dennoch dringenden Handlungsbedarf. Sie fordert die komplette Übernahme des Bundes der Krankenkassenkosten der Empfänger von Bürgergeld, ein Anwachsen des Bundeszuschusses mit den erhöhten Ausgaben für versicherungsfremde Leistungen

wie z.B. rund um Schwangerschaft und Geburt, und eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf 7 Prozent. Es würden sonst 10 Milliarden Euro pro Jahr fehlen, die statt aus dem Staatshaushalt von Beitragszahlern finanziert werden müssten.

Empfehlungen für eine stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung möchte das Bundesgesundheitsministerium bis Ende Mai 2023 vorlegen.

Höhe des Zusatzbeitrags der 73 gesetzlichen Krankenkassen



Artikel 2023

Intern



Zur Unterstützung Ihrer Beratung haben wir unser Sortiment wieder aktualisiert.

In dem Fachbuch „Informationen aus dem Versicherungs-, Finanz- und Vermögensbereich 2023“ sind wichtige Gesetzesänderungen aus dem Steuer- und Sozialversicherungsbereich beschrieben, die 2023 in Kraft treten.

Auch sind die beliebten haptischen Drehscheiben auf den neuesten Stand gebracht.

Wir hoffen, dass wir mit unseren Produkten zu Ihrem Erfolg beitragen können und wünschen Ihnen beste Gesundheit und großen Erfolg in diesem Jahr.



Impressum

Herausgeber: SCHALLÖHR VERLAG GmbH

Milchberg 24 | 82335 Berg am Starnberger See | www.schalloehr-verlag.de | E-Mail: info@schalloehr-verlag.de

Telefon: 08151/ 28798 | Telefax: 08151/ 28666

HRB 163225 Amtsgericht München | Ust.-Nr.: 117/138/002 70 | Geschäftsführer: André Schallöhr, Knut M. Schallöhr

© 2023, SCHALLÖHR VERLAG GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Reproduktion, auch auszugsweise nur mit vorheriger Einwilligung der SCHALLÖHR VERLAG GmbH.